

Bezugsbedingungen und Anzeigensätze
finden in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag
19. Februar 1925

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Gefühlsgasse 9-5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2500-2507

Die Ursachen der Grubenkatastrophe.

Interpellationen im Reichstag über das Dortmunder Unglück.

Der Reichstag genehmigt zunächst in dritter Beratung endgültig den am 10. Februar d. J. unterzeichneten Vertrag zwischen Deutschland und Estland zur Ausführung der Konvention über das Remelgebiet.

Zur Beratung kommen dann die Interpellationen über die Kontrolle der Sicherheit der Gruben, die anlässlich der jüngsten

Grubenkatastrophe bei Dortmund

von verschiedenen Parteien eingebracht worden sind.
Abg. Schwam (Komm.) begründet eine Interpellation der Kommunisten, in der die letzte Grubenkatastrophe als ein neues Zeichen für die grenzenlose Unsicherheit im Grubenbetriebe bezeichnet wird. Diese Unsicherheit werde noch verschärft durch die rückwärtsgehende Ausbeutungspolitik der Grubenkapitalisten, die die Kontrolle der Betriebssicherheit in den Gruben durch die Betriebsräte sabotiert. Es wurde erklärt, daß jetzt doppelt gearbeitet werden müsse, um den Verlust durch das Unglück wieder einzubringen. Die Betriebsräte werden systematisch zurückgedrängt und zu ihren Aufgaben nicht zugelassen. Das ist namentlich in den letzten Tagen auf der Unglücksgrube geschehen. Auf allen Schachtanlagen im Ruhrgebiet sucht man das Rückgrat der Betriebsräte zu brechen. Von einer „gütlichen“ Verständigung zwischen Unternehmern und Betriebsräten ist nirgends die Rede, weil die Unternehmer stets gegen die Interessen der Arbeiter sind.

Die Arbeiter werden bestraft, wenn sie zu spät ihre Arbeit beginnen, aber oft werden sie dadurch aufgehalten, daß sie einen sehr langen Aufschwung zunächst auf Grubengasse hin prüfen müssen. Infolge der Strafen nehmen sie diese Prüfung oberflächlich vor, und dadurch wird eine Explosionsgefahr nicht erwidert. Redner weist ferner darauf hin, daß die Verletzung der Hinterbliebenen ungenügend sei und der Arbeiterlohn im Jahre 1924 herabgedrückt sei. Die Kommunisten verlangen von den Arbeitern gemahlte Sicherheitskommissionen, die Auszahlung des vollen Lohnes in diesem Monat an die Hinterbliebenen und Durchführung der lebenslänglichen Schicht. Wieder mit den Kapitalisten! (Beifall bei den Kommunisten. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Imbusch (Z.):

Ich habe zum besseren Verständnis eine Karte des Grubenfeldes von „Minister Stein“ auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Die Karte „Minister Stein“ ist bisher von größeren Explosionsunfällen verschont geblieben. Es war gutes Nebengestein vorhanden, sowie auch die Betriebsanlagen. Die Kohlenstaub-Sperren waren zum Teil fertig, zum Teil im Bau. Für die Sprengungen wurde Sicherheitsprengstoff verwendet.

Es ist nicht richtig, daß dem Untersuchungsausschuss manche Stellen nicht gezeigt worden sind, der Ausschuss bestimmte selbst, wohin er fahren wollte. (Hört, hört!). Von der Wucht der Explosion kann sich nur ein Fachmann eine Vorstellung machen.

Man darf sich nicht damit abfinden, daß solche Unglücksfälle unvermeidlich sind. Die müssen vielmehr alle Mittel der Abwehr prüfen. (Sehr richtig!)

Vor allem müssen die Schlagwetter möglichst schnell abgeführt werden, damit sie ungefährlich sind. Größere Mengen von Kohlenstaub waren vorhanden. Wenn wirklich ein Schuß die Explosion verursacht haben sollte, so ist damit noch nicht gesagt, daß irgendeine Schuld vorliegt. Die Arbeiter müssen vollkommen über die Gefahren aufgeklärt werden; es ergab sich, daß ein Arbeiter, ein Maschinenist, über die Schlagwetter nicht genügend unterrichtet war.

Die elektrische Sicherheitslampe hat den Nachteil, daß der Arbeiter das Vorhandensein von Schlagwettern nicht feststellen kann, wie mit Hilfe der anderen Lampen. War die Wetterführung vollkommen? Die Wetterführungen müssen überall so vollkommen wie möglich gemacht werden. Die Schutzarbeit muß möglichst beschränkt werden, es wird möglich sein, ohne die Produktion zu beschränken. Die von den überladenen Wagen herabfallenden Kohlen bilden allerdings eine Gefahr für die Kohlenstaubbildung. Die Kohlenstaub-Sperren werden eine größere Sicherheit bieten. (Inzwischen ist der Reichsanwalt Dr. Lütjehausen erschienen.)

Für unsere Partei spricht der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Abg. Genosse Hufemann.
(Schluß im Morgenblatt.)

Ausprache im Landtag.

Ueber die Regierungserklärung.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Das Haus überweist zunächst den Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten auf Annahme eines Gesetzes über die Wahlzeit der Provinzialparlamente und der Kreisräte dem Ausschuss für Gemeindeangelegenheiten. Das Gesetz bestimmt, daß, soweit die Wahlzeit der Provinzialparlamente und Kreisräte vor dem Zeitpunkt endigt, an dem die Neuwahl erfolgen kann, auf Grund des zurzeit dem Staatsrat vorliegenden Gesetzes die bisherigen Abgeordneten bis zur Bekanntmachung des Ergebnisses der Neuwahl, jedoch nicht über den 1. Juli 1925 hinaus, in Tätigkeit bleiben.

Dem gleichen Ausschuss wird der Entwurf überwiesen, der die Aufnahme ausländischer Kommunalkredite an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde knüpft.

Dem Hauptausschuss wird überwiesen der Entwurf, der weitere Geldmittel bereitstellt für die Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder. Darauf wird die

Ausprache über die Regierungserklärung

fortgesetzt.
Abg. Bied (Komm.) fordert die Auflösung des Landtages und legt die Gründe für den kommunistischen Antrag dar, der besagt: „Dem Staatsministerium wird das Vertrauen verweigert, dessen es nach Art. 57, Abs. 1 der Verfassung zur Geschäftsführung

bedarf.“ Ruhrgebietschiebungen, Barmat-Skandal, Ebert-Prozess zeigen die heutige Korruption. Die neue preussische Regierung ist nichts als der Ableger der Luther-Regierung im Reich. Das zeigt auch die Stellung der Regierungserklärung zu der reaktionären Kirchen- und Schulpolitik. Herr Severing ist allerdings ein famoser Fachminister gegen das Proletariat. Das Marx-Kabinett ist nichts als eine Klassenregierung der Bourgeoisie, die wertvollen Massen haben nichts von ihr zu erwarten. Unter Marx sind der Ruhrindustrie die gewaltigen Millionen in den Schoß geworfen. Die Junker wollen ihr altes Regiment wieder austragen; das zeigen die Steuerpläne und die Schugzollbestrebungen. Konsequenz führen die Deutschnationalen den Klassenkampf, den sie bei uns bekämpfen. Der frühere Finanzminister v. Richter hat die Arbeit der großen Koalition geleitet; jetzt ist seine Partei, die Deutsche Volkspartei, der Ludergeruch dieser Koalition peinlich und die Sozialdemokraten haben der Koalition einhartige Vorpostendienste geleistet, um die revolutionäre Arbeiterklasse niederzuschlagen. Sie haben ihre anderen Minister geopfert; Severing bleibt. Der Ruhr hat seine Schuldigkeit noch nicht voll getan, er muß noch weiter der Reiterhand der Bourgeoisie sein. Bezeichnend für die Sozialdemokratie ist die Selbstdemaskierung im Ebert- und Ebert-Prozess und das warme Eintreten des Herrn Helfmann für Barmat im Ausschuss. Nur Bauer scheint ausgeschlossen zu sein, weil er Barmat Schaden zugefügt hat. (Heiterkeit.) Wir sagen jeder bürgerlichen Regierung den Kampf bis aufs Messer an.

Abg. Jast (Dem.):

Auch wir gedenken in Trauer und Anteilnahme der Bergarbeiter, die einen so frühen und schrecklichen Tod gefunden haben. Wir erwarten, daß den Opfern dieser Katastrophe sofort tatkräftige Hilfe wird, daß darüber hinaus sofort untersucht wird, ob nicht durch Gesetzesmaßnahmen die Wiederholung solcher Katastrophen verhindert werden kann. Was der Abg. Bied hier zu diesem Weilschke beigeführt hat, war nicht Teilnahme, es war Demagogie und Agitation, seine Fraktion hat den Antrag auf Bewilligung von fünf Millionen für die 186 Bergarbeiterfamilien nur gestellt, damit er abgelehnt werde. (Zustimmung in der Mitte.) Sehr bedauern wir, daß unser Parteifreund Dr. Wendorff dem neuen Kabinett nicht wieder angehört; er hat die Bedeutung der Städtungsfrage erkannt, wenn ihm auch nicht vergönnt war, seine Pläne durchzuführen. Von Dr. Marx wissen wir, daß er, obgleich nicht unser Parteimann, der rechte Mann am rechten Platz ist.

Sehr Bestenfalls muß es erregt, daß die Deutsche Volkspartei sich dem Dank des Dr. Marx an das abgetretene Kabinett, dem doch zwei ihrer hervorragendsten Mitglieder angehört haben, nicht angeschlossen hat. Dr. Marx hat das Opfer der Annahme des Postens des Ministerpräsidenten gebracht; er verbürgt uns das Festhalten an der Außenpolitik, dem weitaus wichtigsten Gebiet der deutschen Politik überhaupt.

Wie nötig es gewesen ist, die Schupo so auszubauen, wie es geschehen ist, zeigt uns der Ickeba-Prozess (Wochen bei den Kommunisten), zeigt die erfolgte nacheinandergehende zum Bürgerkrieg. Ist denn das System Severing wirklich so fürchtbar gewesen, daß es in den untersten Raum der Hölle verbannt werden muß? So frage ich die Deutsche Volkspartei.

Wir können keine Außenpolitik treiben im Gegensatz zum Reich, sondern nur als dienendes Glied des Reichs. Die bestehenden Beziehungen müssen durch Stärke und Hochwertigkeit ausgeglichen werden; Preußen muß zeigen, daß es frei von Partikularismus ist, daß es stolz darauf ist, der erste Diener des Reichs zu sein. Wir Demokraten sind Unitarier, aber dieses Ziel ist kein und so müssen wir inzwischen für die Stärkung des deutschen Gebantens alle unsere Kräfte aufbieten. In den Kreisen der Deutschnationalen im Osten, in Ostpreußen und Pommern, denkt man anscheinend nicht so.

es haben sich in ihren Organen Keimzellen gefunden, die dem westlichen Separatismus keineswegs abgeneigt sind. (Lärm bei den Deutschnationalen.)

Aber auch die Deutsche Volkspartei hatte am 9. Januar den politischen Moment nicht erkannt, als sie bei dem Protekt der Regierung Braun gegen die widerrechtliche Nichträumung der Münchener Landtagswahl verließ. (Zurufe bei der Deutschen Volkspartei.) Im besetzten Gebiet ist die Entrüstung darüber allgemein. Die Deutsche Volkspartei war überhaupt nicht gut beraten, als sie ursprünglich die Große Koalition sprengte, weil ursprünglich ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ihr nicht mehr erträglich erschien.

Die Mißtrauensanträge.

Die Deutsche Volkspartei hat im Preussischen Landtag zu der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten vom Mittwoch den folgenden Mißtrauensantrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, der Landtag hat nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 der Preussischen Verfassung jedem einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag bekundet dieses Vertrauen nicht: 1. dem Minister des Inneren Severing, 2. dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Beder, 3. dem Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, 4. dem Finanzminister Dr. Höpfer, 5. dem Minister für Volkswohlfahrt Hirtleifer, 6. dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Steiger und dem Justizminister Dr. Am Rehnhoff.

Die Fraktion der Nationalsozialisten hat den folgenden Vertrauensantrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, der Landtag spricht das zur Amtsführung des Kabinetts erforderliche Vertrauen aus: 1. dem Innenminister Severing, 2. dem Kultusminister Beder, 3. dem Finanzminister Dr. Höpfer, 4. dem Minister für Volkswohlfahrt Hirtleifer, 5. dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Steiger, 7. dem Justizminister Dr. Am Rehnhoff.

Der Antrag der Kommunisten zur Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten lautet: Der Landtag wolle beschließen, dem Staatsministerium wird das Vertrauen verweigert, dessen es nach Art. 57, Absatz 1 der Verfassung zur Geschäftsführung bedarf.

Lernt aus der Geschichte!

Zur neuesten Entwicklung der Kommunistischen Partei.

Von Wilhelm Dittmann.

Die Kommunistenprozesse der letzten Zeit entrollen von der Kommunistischen Partei Deutschlands ein Bild, das völlig dem der anarchistischen Bewegung gleicht, die in der Zeit des Sozialistengesetzes der deutsche Bürgerkrieg war. Die historische Parallele trifft bis in die kleinsten Einzelzüge zu. Wenn die deutschen Kommunisten die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland kennen würden, hätten sie ihre Partei vor dem Schicksal bewahrt, dem sie jetzt verfallen ist. Dann würden sie wissen, daß in den Kinderjahren der Arbeiterbewegung und in den Zeiten schwarzer Verfolgungen rein gefühlsmäßige Ausbrüche der Empörung, Attentate, bewaffnete Erhebungen und Putsch die primitiven Kampfmethoden waren, mit denen impulsive Naturen und Fanatiker den Kampf gegen die herrschenden Mächte führten. Sie würden aber auch wissen, daß solche Erhebungen stets zu Niederlagen führten und die proletarische Bewegung schwächten, statt ihr zu nützen. Sie würden dann endlich wissen, daß diese primitiven Mittel des Klassenkampfes überwunden wurden durch die sozialdemokratische Erkenntnis, daß der Kapitalismus wirksam nur bekämpft und schließlich beseitigt werden kann auf dem Boden der von ihm selber geschaffenen Gesellschaft und mit den Methoden des geistigen und politischen Kampfes.

All das, was im Laufe der letzten Jahre von den Kommunisten den Arbeitern als funktionsneue, angeblich allein revolutionäre Kampfmethoden angepriesen worden ist, entstammt in Wahrheit dem Arsenal der Kinderjahre des Proletariats, gehört zu den längst in die Ecke gestellten, weil als unbrauchbar erkannten Waffen. Die Bomben, Gift- und Revolveraffären, die Spitzel- und Verbrechergeschichten, die in den letzten Prozessen gegen Kommunisten eine so große Rolle spielen, sind eine Wiederholung aus vergangenen Zeiten.

Franz Mehring schildert in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ lebendig und anschaulich dieselben Erscheinungen aus der anarchistischen Bewegung der sechziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Während Wilhelm Liebknecht und August Bebel damals den Arbeitern rieten, sich von der Reaktion nicht provozieren zu lassen, die nur nach einem Vorwand für ein Blutbad suche, während diese gefestigten Kampfnaturen darauf verwiesen, daß Bismarcks Brutalitätspolitik gegen das Proletariat von Attentaten lebe und zusammenbreche, wenn solche Vorwände fehlen, stachelten er gleiche Naturen, wie Most und Hasselmann in sinnloser Wut die Arbeiter auf, es den russischen Rihilisten nachzumachen, mit Gift, Dolch und Bomben den Kampf zu führen. In seiner Londoner „Freiheit“ schrieb Most, genau wie es heute die Kommunisten tun, die Arbeiter müßten Jahnnerguppen bilden, sich bewaffnen, Polizei und Militär überrumpeln und in tüchtigem Handstreich die Macht an sich reißen. Mehring sagt von Most, daß er durch die jahrelange Verfolgung, in einem Grade aufgeregt und verbittert worden sei, „der sich psychologisch sehr wohl erklären ließ, aber das Bewußtsein seiner politischen Verantwortlichkeit stark herabminderte“. Dasselbe gilt heute von einem großen Teil der älteren kommunistischen Führer. Und was Mehring von dem Moskischen Anhang sagt, gilt auch heute von einem Teil der Kommunisten: „Es waren nicht immer die schlechtesten und nicht immer die zurückgebliebensten Elemente, sondern auch kühne und trotige Naturen.“

Die „Propaganda der Tat“, die damals von den Anarchisten genau so wie heute von den Kommunisten die „Weltrevolution“ gepredigt wurde, mündete schließlich in einem Sumpf gemeinsten Verbrechens, bei denen Lumpen und Spittel ihre Hände im Spiel hatten, genau wie es sich in dem Ickeba-Prozess zeigt, der jetzt in Leipzig verhandelt wird. Seitenslang schildert Mehring die frevelhafte Spittel- und Verbrechergeschichte in der damaligen anarchistischen Bewegung, besonders auch das Treiben eines Spittels Neumann, der als engster Vertrauter von Hasselmann und Most in der Expedition der „Freiheit“ sah und mit dem Altonaer Polizeikommissar Engel in enger Verbindung stand. Von einem Spittel Schröder-Brennwald laut Mehring, daß er „eine Riste Dynamit mit sich führte wie ein Probierstein seiner feinen Mustertafel“. Ueber die Atmosphäre, die durch diese „Nichtgentlemen“ geschaffen wurde, berichtet Mehring:

„Während die deutsche Sozialdemokratie immer mehr über die bürgerlichen Parteien hinauswuchs, wurde der deutsche Anarchismus immer mehr vom Volkspöbel genarrt. Nicht als ob die deutschen Anarchisten durchweg aus Lumpen und Raufhähnen oder auch nur aus zurückgebliebenen Arbeitern bestanden hätten; es befanden sich feurige, leidenschaftliche Naturen darunter, die dem psychologisch erklärlichen, aber politisch verhängnisvollen Irrtum verfielen, daß die gewalttätige Unterdrückung der Arbeiterklasse nur gewaltsam gebrochen werden könne. . . . Ihre zuverlässiger Charakter verschaffte ihnen Vertrauen bei den Arbeitern, während ihre fanatische Beschränktheit sie den Einflüsterungen der Volkspöbel zugänglich machte.“

Trifft diese Schilderung nicht wortwörtlich zu auf den ehrlichen aber fanatischen Teil der heutigen Kommunisten?

Mehring schildert, wie die anarchistische Taktik durch die liebevolle Pflege der postzeilichen Volkspöbel sich bis zur Form des gemeinen Raubmordes entwickelte. Die

Anarchisten Sielmacher, Kammerer und Genossen verübten im Herbst 1883 schnell hintereinander einen Raubmord an einem Apotheker und an einer Schildwache in Straßburg, eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, ein Raubmordattentat auf einen Bankier in Stuttgart und endlich in Wien einen Mord an einem Polizeibeamten, einen Raubmord an einem Wechselagenten und dessen zwei Söhnen, sowie einen Mord an einem Polizeienten. Dieses Abgleiten einer ursprünglich politischen Bewegung in die Sphäre des gemeinen Verbrechens war damals die Grundtöne der struppeligen Hehe — gegen die Sozialdemokratie, die den Wahnsinn mit allen Kräften bekämpft hatte, genau wie heute der Kommunismus gegen die Sozialdemokratie frustriert wird. Zu derselben Zeit wie die Verbrechen der Stellmacher und Kammerer brachten auch die Taten der Reinsdorf, Kupsch und Kähler die ganze honette Gesellschaft gegen die proletarische Klassenbewegung auf. Reinsdorf hatte ein halbes Duzend junge und unreife Burschen zu Dynamitattentaten angeführt. Der Haupttäter seiner Verbrechen war das Dynamitattentat auf das Riederwaldendental, bei dessen Einweihung am 27. September 1883 der Kaiser und die deutschen Fürsten in die Luft gesprengt werden sollten. Auch bei diesem Attentat, das rechtzeitig „entdeckt“ wurde, hatten Spitzel ihre Hände im Spiel.

Die Hinrichtung der Reinsdorf und Kähler, der Stellmacher, Kammerer und Genossen genügte der Reaktion nicht zur Befriedigung ihrer Rache. Die erste politische Folge der Verbrechen war die Annahme des Dynamitgesetzes vom 9. Juni 1884, das für Verbrechen, bei denen Sprengstoffe verwendet worden sind, eine Mindeststrafe von 5 Jahren Zuchthaus vorsieht. An den jugendlichen Kommunisten, die fürsich wegen der Potsdamer Bombenaffäre auf Grund dieses Dynamitgesetzes zu diesen furchtbaren Mindeststrafen verurteilt worden sind, rächen sich jetzt nach 40 Jahren die Sünden der „Anarchisten der Tat“ aus der Zeit des Sozialistengesetzes! Bei der Reichstagswahl von 1884 hieß es in einem gegen Wilhelm Liebknecht gerichteten nationalliberalen Flugblatt in Offenbach a. M.: „Die Namen der Mordgesellen Hödel, Robling, Kammerer, Stellmacher tragen das Gepräge des Feindes, der Sozialdemokratie nämlich, die sich nicht scheut, offen zu erklären, daß ihr Weg nur über Blut und Leichen führt, recht deutlich an sich.“ So wurden die anarchistischen Verbrechen gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt und die Stimmung geschaffen, in der das Sozialistengesetz immer wieder auf Jahre verlängert werden konnte. Die Sozialdemokratie hat sich damals trotz der Schlammslut von Verleumdungen, die über sie ausgegossen wurde, trotz all der unerhörten Verfolgungen der Gewalthaber nicht abdrängen lassen auf die Bahn der Gewaltanwendung, und hat mit ihrer Taktik schließlich gesiegt über das Schandgesetz, das zwölf Jahre lang auf ihr lastete.

Die jüngere Arbeitergeneration, die jetzt in das politische Bewußtsein hineingewachsen ist und unter den vermittelnden Ein- und Nachwirkungen des Krieges vielfach zu einer gefühl- und gewaltmäßigen politischen Einstellung hinneigt, sollte sich diese geschichtlichen Erfahrungen aus der Zeit der schlimmsten Verfolgung der Sozialdemokratie zur Warnung und zur Lehre dienen lassen. Das gilt besonders von denen unter ihnen, die des irrigen Glaubens waren, von den heutigen Kommunisten das Heil für das Proletariat erwarten zu können. Der Vorkriegsprozess in Hamburg, der Tscheka-Prozess in Leipzig und so viele andere Kommunistenprozesse der letzten Zeit zeigen, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland auf dem Wege ist, der Auflösung und dem Untergang im Sumpf des Spießtums und des Verbrechens zu verfallen. Wie vor 40 Jahren ist auch heute allein die Sozialdemokratie der Kampf für den schweren Weg des Proletariats in das Land des Sozialismus.

Begrüßung mit Schimpf.

Marx und die Rechtspreffe.

Der neue christliche Ministerpräsident Breußens findet in der Rechtspreffe die gehässigste Begrüßung, die sich nur denken läßt. Die „Kreuzzeitung“ nennt diesen Herrn Marx mit seinem Kabinett eine unerhörte Propagation des preussischen Volkes und „einen einzigen großen Wanda!“ Sie nennt ihn einen „Spekulationspräsidenten“ und unterstellt ihm, daß er das preussische Amt nur als „Durchgangsstation“, als „Sprungbrett zum Reichspräsidenten“ benutzen wolle.

Ganz ähnlich spricht die „Deutsche Tageszeitung“ von einer „dreisten Propagation“ und behauptet, daß die Rede des Ministerpräsidenten, den denkbar schroffsten Widerspruch zwischen Wort und Wirklichkeit“ aufzeige!

Gegenüber dieser Grobförmigkeit ist die „Deutsche Zeitung“ geradezu von unbegreiflicher Milde. Sie versichert schamhaft, daß sich die Angriffe der Deutschnationalen — „wie wir hören“ — nicht gegen Marx selbst richten! Man möchte mit ihm und seiner Partei, trotzdem er ein „Spekulationspräsident“ ist, schließlich doch noch Geschäften machen.

Die volksparteiliche „Zeit“ gibt zu, daß die Darlegungen des Ministerpräsidenten eine Reihe von Programmpunkten enthielten, die auch in den Reihen der Oppositionsparteien keinen Widerspruch fanden. Dennoch kommt das Blatt „zu dem unabwiesbaren Schluß, daß das neue preussische Kabinett unter einer Flagge zu segeln versucht, die es tatsächlich nicht führen kann“. Und schließlich erklärt das Organ Stresemanns:

„Die Regierungstätigkeit der Sozialdemokraten kann in der Vergangenheit zweckmäßig gewesen sein. Sie hat aber gegenwärtig abgewirkt. Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, daß Herr Marx bei der Bildung seines Kabinetts alle Parteien rechts von dem Zentrum zurückgelassen hat. Es versteht sich von selbst, daß daraus auch die Konsequenzen gezogen werden müssen.“

Dagegen sagt die „Börsenzeitung“ u. a.:

„Für Marx gibt es nur einen politischen Grundsatz, der den Kompromiß ausschließt: das Bekenntnis zur Republik. Dieses Bekenntnis hat er auch gestern abgelegt und zweimal unterzeichnet. Er hat in diesem Zusammenhang mit deutlicher Betonung auch von dem Beamtentum gesprochen, das sich unbeschadet aller durch die Verfassung gewährleisteten Freiheit des politischen Glaubensbekenntnisses doch bewußt sein müsse, daß es seine erste Aufgabe sei, die Verfassung zu achten und zu schützen.“

Die Front ist also ganz klar abgesteckt. Die Monarchisten bekämpfen Marx nicht nur, sie beschimpfen ihn auch, um eine republikanische Regierungstätigkeit von vorn herein unmöglich zu machen. Den Ostelbieren ist der „Reinhalte“ Marx und sind seine „westlichen“ Kollegen im Ministerium ohnehin verdächtig. Zwar haben die Ostpreußen Braun und den Pommeren Wendorf noch schärfer bekämpft. Aber es geht bald so und bald so, je nachdem das Interesse der Schwerindustrie und des Agrarierturns es erfordert.

Der Ursprung der Skandale.

Eine Geschichte zum „Schleichen“.

In der „Deutschen Tageszeitung“ behandelt der Rechtsanwalt beim Kammergericht, Ludwig Flügel, die soziologische Bedeutung der Barmat-Affäre. Dabei macht er eine aufsehenerregende Entdeckung, die schließlich zum Patent angemeldet werden sollte. Er stellt fest, daß die ganze Barmat-Affäre aus dem verschwundenen „Standesbewußtsein“ der gebildeten Schichten entstanden sei:

„Wesentlich war das Bewußtsein der besonderen Standesehre, daß alle nicht offenbar defizienten Edelleute, alle höheren Beamten und alle Akademiker damals besaßen. Dies Standesbewußtsein wurde zu einem wesentlichen Teil dadurch erreicht, daß die jungen Leute während ihrer Studentenzeit sich daran ge-

wöhnten, die kleinste Ehrenkränkung mit der blanken Waffe auszurufen. Für Menschen, die einen schiefen Blick oder einen prodigierenden Ton als Anlaß zum Ehrenhandel nahmen, mußten ernste Verlesse, vor allem solche, die aus materiellen Motiven geschahen, psychologisch ganz außer Reichweite des Möglichen liegen.“

Daß man daran auch nicht früher gedacht hat! Wenn die knie-trohen Korpsstudenten noch jeden zum Kampf bis zur Unfähigkeit fordern konnten, der ihnen überschüssige Geldmittel zustaden wollte, dann — hätten wir wahrscheinlich alles Clend der Welt längst übermunden. Aber so — na ja, die Rüge und Hellsichtig stammen ja auch aus jener Sphäre. Aber, aber ...

Helfershelfer der Reaktion.

Kommunisten und Nationalsozialisten im Bunde.

Nürnberg, 19. Februar. (Mit.) Im Nürnberger Stadtrat wurde gestern nach einer erregten Debatte das von den Nationalsozialisten gegen die parlamentarische Geschäftsführung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe eingebrachte Mißtrauensvotum mit 25 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Bayerischen Volksparteier, Kommunisten und Mittelständler gegen 24 Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen.

Auch hier wieder haben sich die Kommunisten als die treuen Bundesgenossen der Reaktion erwiesen. Sie selbst wissen es genau, daß ihr Vorstoß gegen einen Mann wie Luppe auch Arbeiterinteressen schädigt. Das macht nichts. Die Reaktion muß in den Sattel. So will es Moskau und so handelt seine Jüngerschaft.

Städtetag und Reichstag.

Ein bezeichnender Vorfall spielte sich gestern im Reichstagsab. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hatte die Fraktionen zu einer Besprechung über das lebenswichtige Problem des Finanzausgleichs eingeladen. Zur festgesetzten Zeit war außer dem Vorsitzenden des Städtetages, dem Berliner Oberbürgermeister Böß, und dem Hauptgeschäftsführer, Oberbürgermeister Mißbach, von den bürgerlichen Parteien der demokratische Abgeordnete Dr. Kägl, der in keinem Beruf Bürgermeister von Dresden ist, erschienen, ferner zwei Vertreter der Sozialdemokratie. Alle anderen Fraktionen hielten es nicht der Mühe für wert, auch nur einen einzigen Vertreter zu entsenden. Ein Kommentar zu diesem Vorgang erübrigt sich wohl.

Die Reaktion in Lettland.

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat von der lettischen Sozialdemokratie ein Telegramm erhalten, daß die lettische Regierung beschlossen habe, im Anschluß an den blutigen Straßenkampf in Riga zwischen Arbeiterparteiern und Sozialisten des Nationalen Klubs, bei dem Genosse Koffal getötet wurde, den Arbeiterparteiern zu verbieten. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat am Mittwoch diese Maßnahme der reaktionären Regierung gutgeheißen. Die lettische Sozialdemokratie appelliert an alle Arbeiterparteien um Unterstützung in ihrem Kampf.

Auch in Berlin sind Mitteilungen aus Riga eingetroffen, daß die lettische Regierung, statt gegen die schändlichen Mordhieben einzuschreiten, Maßnahmen gegen die Arbeiterpartei ergreift, die sich nicht dem Terror der Nationalisten beugt. So hat die Gewerkschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß ein Telegramm des Vorstandes des Rigaer Arbeiterparteiverbandes erhalten, in dem um Unterstützung gegen die Maßnahmen der reaktionären Regierung gebeten wird. Diese moralische Unterstützung ist den lettischen Arbeiterparteiern sicher. Nichts kann das Ansehen der lettischen Republik im Auslande so sehr untergraben, wie das feige Zurückweichen der Regierung und der Parlamentsmehrheit vor den schändlichen Terroristen und ihr einseitiges Vorgehen gegen die in berechtigter Abwehr befindliche Arbeiterschaft.

Der Reformator von Zwidau.

Von Hans Ref.

Ein abgebaute Bezirksobertierarzt in Zwidau hat etwas gemagt. Es wird in unserer betrieblichen Zeit zwar viel unternommen, wohl auch manches riskiert, wenn dabei etwas zu verdienen ist, aber dennoch ist sie arm an wirklicher Tat. Der abgebaute Bezirksobertierarzt Böters besitzt die Kühnheit des Außenleiters und den Elan des von seiner Idee besessenen Mannes. In Zwidau werden Menschen operiert, deren Fortpflanzung im Interesse einer Verbesserung der Rasse unerwünscht sein muß. Seit der berühmte Leipziger Strafrechtslehrer Scheinrat Binding gemeinsam mit dem Mediziner Professor Hoche den großen Entwurf über die Vernichtung lebensunwerten Lebens ausgearbeitet hat, ist dieses Problem nie ganz zur Ruhe gekommen. Diese kühne Schrift wurde als Material dem großen Archiv der Theorien und Utopien übergeben, wo es seit Jahren, umstritten aber unverwirklicht, ruht. Ein Zwidauer Arzt magt, an die Verwirklichung der rassenbiologisch und zugenügend ungenügender wichtigen Frage heranzugehen. Er ist nicht lebensunwertes Leben, — wer würde das zu tun wagen, ohne die christliche Moral, die den Schutz der Breihaften fordert, tief zu verletzen —, sondern er verhindert, daß lebensunwertes Leben erzeugt wird. Der ehemalige Zwidauer Bezirksobertierarzt hat damit einen höchst wichtigen menschlichen Schritt getan.

Erst hat er Eingaben und Denkschriften an die Behörden und Ministerien verfaßt — ein ausschüttender Weg, wenn man etwas Kühnes und Außerordentliches durchsetzen will. Als er sah, daß er so nicht weiter kommt, hat er auf eigene Verantwortung zum erstenmal diese operativen Eingriffe besprochen, er hat in einer Mittelschicht für seine Idee so tatkräftig geworben, daß das staatliche Krankenhaus und die ersten medizinischen Autoritäten der Stadt auf Anregung des abgebaute Bezirksobertierarztes die Operationen vornahmen.

Die sächsische Regierung ist natürlich mit dem Zwidauer Reformator wenig einverstanden. Es ist eine wilde, gefesselt nach unregelmäßige Sache, die da in Zwidau betrieben wird. Es ist mehr als ein Eingriff, es ist ein Griff in die Zukunft, und wie dürfte man den ohne befürchtete Konsequenzen wagen! Man wird, kein Zweifel, dem abgebaute Bezirksobertierarzt auf den Kopf steigen und ihm all die Prozesse machen, die man seit jeher den wagnutigen Vorläufern und Reformern gemacht hat.

Als jetzt wurden über sechzig Menschen beiderlei Geschlechts sterilisiert. Wenn die verbrecherischen, die minder- und unmeritigen Menschen keine Kinder in die Welt setzen können (wobei sie der sexuellen Funktion nicht beraubt werden), dann wird man dem gesunden Nachwuchs dereinst bessere Lebensbedingungen schaffen können als heute. Es ist eine weitreichende Angelegenheit der Zukunft. Der abgebaute Bezirksobertierarzt in Zwidau hat begonnen, auf eine sehr kühne Art die Veres- und Zuchthäuser abzubauen.

Rechtliches Lustspiel: „Zurück zur Schule“, bereits in Paris mit Erfolg gespielt und jetzt in der „Romädie“ dargestellt, ist ein Lustspiel des Franzosen Georges Birabeau, nicht zu verwechseln mit Mirabeau oder mit André Birabeau, der in Paris als amüsantester Schriftsteller bekannt ist als sein Namensvetter George. Georges also halte einen Einfall, original, nicht ganz überzeugend und daher in geistvoller Philosophie gipfeln. Der Direktor eines Internats, das in einem überbelebten Seebad gelegen ist, vernichtet seine Schule als Fremdenpension. Das Internat, die Atmosphäre über nunmehr einen wunderlichen Einfluß auf die Sommergäste aus. Man wird wieder zum Kind. Auch auf den Autor scheint das Wäuen gewirkt zu haben. Das Spielchen ist so kindlich, daß man es fast jedes nennen könnte. Einige lustige Einfälle geistern durch das Stück. Bei der Unspruchlosigkeit des Ganzen kam man auf die Vermutung, daß die Geistesformen gar nicht von Birabeau stammen, sondern Fremdes der prächtigen Margarete Kupfer sind. Sie spricht als energische Mutter und Ehefrau in einem Brillantfeuerwerk von trockenem Humor. Ein gestrenger Hausdrache, der trotz seiner männlichen Zielbewußtheit warme Sympathie erregt. Hans Brausewetter fliegen vom ersten Auftritt an alle Herzen zu. Seine strahlende Jugenheftigkeit, seine sonnige Frische sind bewundernd. Ellinger, ein rührend komischer Bantofschelch.

Der erste Akt ging flott, der zweite langsam, der dritte schleppte. Umgekehrt, Herr Regisseur Babst, kommt lustspielhafte Steigerung heraus.

Wie sich musikalische Begabung vererbt. Daß musikalische Begabung erblich ist, zeigt nicht nur der Stammbaum der großen Musiker, sondern ist auch im Alltagsleben vielfach zu beobachten. Ueber die Befehle dieser Vererbung war aber bisher wenig bekannt, und es ist daher eine dankenswerte Tat der beiden Professoren Hoeder und Jochen, daß sie in ihrem Werk „Vererbung und Entwicklung der musikalischen Begabung“ durch statistische Erhebungen bei mehreren tausend Menschen gewisse allgemeine Grundzüge der Vererbung festgestellt haben. Nach ihren Ergebnissen, über die in der Leipziger „Musikischen Zeitung“ berichtet wird, vererben in Eben, bei denen nur ein der Eltern musikalisch ist, die männlichen ausgeprägt musikalischen Nachkommen die weiblichen; dies gilt vor allem, wenn die Mutter der musikalische Teil ist. Wenn beide Eltern musikalisch sind, dann kommen etwa 40 Proz. sehr ausgeprägt musikalische und fast 40 musikalische Nachkommen vor. Es finden sich aber auch wenig musikalische und gänzlich unmusikalische Nachkommen. Es zeigt sich, daß männliche Personen für die musikalische Begabung im allgemeinen empfänglicher sind, und daß die musikalische Vererbung durch die Mutter im allgemeinen wirksamer ist. Die Entwicklung der Musikbegabung weist im Leben des Einzelnen zwei Hauptpunkte auf. Die Musikbegabung tritt bei musikalisch sehr veranlagten Personen schon oft vor dem Ende des zweiten Lebensjahres hervor. Aus solchen musikalischen Familien kommt öfters die Angabe, daß musikalische Begabung in Form richtigen Singens schon vor dem Sprechenlernen auftritt. Kurz vor der Pubertät macht sich die musikalische Begabung dann stärker geltend und wird daher leichter erkannt.

Eine sichere Beziehung zwischen musikalischer und mathematischer Begabung, wie sie oft behauptet worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Vielmehr ist der Prozentsatz

der mathematischen Begabung auffallend hoch bei musikalisch nicht-veranlagten männlichen Personen; andererseits zeigen die sehr musikalischen Menschen einen niedrigen Prozentsatz mathematischer Begabung. Dagegen besteht beim männlichen Geschlecht wahrscheinlich eine Beziehung zwischen musikalischer und zeichnerischer und in noch höherem Maße zwischen musikalischer und dichterischer Begabung. B.

Jeromski schildert Polen. Der bekannte Romanschriftsteller Jeromski hat unter dem Titel „Vorfrühling“ einen neuen Roman veröffentlicht, dessen Erscheinung einen wahren Sturm in den politischen und literarischen Kreisen Polens hervorgerufen hat. Jeromski, der bisher für einen feurigen polnischen Patrioten galt, läßt in diesem neuen Roman seinen Helden die allmähliche Wandlung vom polnischen Nationalisten zum internationalen Kommunisten durchmachen. Diese Veränderung vollzieht sich in dem Helden des Romans infolge der Enttäuschung, die ihm der polnische Staat bereitet. Der Dichter läßt ihn die dunkelsten Schattenseiten des heutigen Polens beobachten: Willkür und Rechtsbeugungen seitens der Politik und der hohen Beamten, Bestechlichkeit, Schieberum, an dessen Spekulationen sich auch Politiker beteiligen, alles das wird hier mit scharfster Satire geschildert. Die nationalistischen Kreise der polnischen Gesellschaft sind durch diese Schwenkung des berühmten Dichters, der erst vor kurzem einen Staatspreis erhalten hat, befreit. Es kommt hinzu, daß die Kritik in Sowjetrußland Jeromski bereits als überzeugten Kommunisten begrüßt und aus seinem Roman Stoff zu Aufsätzen gegen die polnische „Bourgeoisie“ entnimmt.

Die Signalfarne der Blinden. Die Stadtwartung von Amsterdam hat sieben einen vor trefflichen Gedanken praktisch verwirklicht, einen Gedanken, der blinden Personen und solchen, deren Sehkraft geschwächt ist, gute Dienste zu leisten bestimmt scheint. Die Stadt hat nämlich den im Straßenverkehr gefährdeten Blinden und Schwachsichtigen keine grüne und weiße Fahnen überlesen, die die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten und der Schulleute auf sie lenken sollen. Mit diesen Fahnen ausgerüstet, werden sie leicht, ohne erst eine Bitte aussprechen zu müssen, die Hilfe der Straßenpassanten und der diensttunenden Schulleute finden, die an gefährlichen Straßenkreuzungen rechtzeitig den Bogenverkehr aufhalten können, um den Fahnenträgern den gefährlichen Uebergang über die Straße zu ermöglichen.

Kaufleute in China. Der deutsche Gelehrte Hans von Gebstedt, der soeben in Seattle angekommen ist, hat erklärt, daß er nach einer Forschungsreise im Gebiet des Oberlaufes des Jankessing zur Ueberzeugung gelangt sei, daß die Wege der Menschheit in China stand. (?) In dieser Gegend habe er zwei Stämme gefunden, die Solos und die Riouties, die nicht mongolischer Abstammung seien. Ihre Hautfarbe und ihr ganzer anatomischer Bau rufe sie in die turkische Völkergemeinschaft ein. Wenn sie sich auch zur buddhistischen Religion bekennen, so ist ihre religiöse Architektur und Skulptur nicht asiatisch, sondern fast antik griechischer Art.

Ein Flug nach dem Nordpol. Der 24. März, aus Brüssel-Kolumbien kommende Herr G. Alvarsson, wird demnächst den Versuch machen, den Nordpol von einem Punkt nördlich des Spitzbergs aus mit dem Flugzeug zu erreichen. Die Entfernung vom dem Schiff bis zum Pol wird für das Flugzeug auf 1000 km geschätzt. Alvarsson wird einen Postkoffer mitnehmen, und die Maschine wird mit Fischen und Eiern ausgerüstet.

Meißner vor dem Reichstagsausschuß

Du sollst es zweimal sagen . . .

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages trat heute vor-mittag wieder zusammen. Zunächst verlas der Vorsitzende Abg. Saenger (Soz.) zwei Briefe des früheren Ministerpräsidenten Paul Hirsch und des Oberpräsidenten Roste, die entgegen der (eidlichen) Aussage Rostes erklären, daß sie sich niemals für Barmat verwendet haben.

Sodann wird der Staatssekretär beim Reichspräsidenten

Dr. Meißner

als Zeuge vernommen. Diese Aussage ist — und konnte nichts anderes sein — als eine Wiederholung seiner Aussage vor dem preussischen Untersuchungsausschuß. Nun wird den Verbaot nicht los, daß diese ganze Vernehmung nur deshalb erfolgt, um der Sensationslust der Deutschnationalen, die um jeden Preis vor der Reichspräsidentenwahl den Namen Ebert mit der jetzigen Barmat-Affäre in Zusammenhang bringen wollen, zu genügen. Wenn es sich noch um neue und belangreiche Dinge handeln würde! Aber es dreht sich wieder einmal nur um das provinzielle Dauerverisum für Barmat aus dem Frühjahr 1919, um die Ueberreichung des Schreibens von Hupsmans an Ebert bezüglich der Friedensmünche der deutschen Sozialdemokratie und um die bereits längst klargestellte, von Ebert seinerzeit gerügten Eigenmächtigkeiten Franz Krügers! Rein formal betrachtet, ist es wohl das Recht des Reichstagsausschusses, sämtliche Zeugen der preussischen Untersuchung nochmals vorzuladen, aber, es kann unmöglich die Aufgabe einer ernsten Presse sein, diese Enghirnigkeit durch Abdruck spaltenlanger und bedeutungsloser oder Kamellen zu unterstützen.

Nun war in der Aussage höchstens die Erwähnung eines Liebesgabenpakets, das Frau Ebert zurückgeschickt hatte, und eines Dankschreibens für einen anlässlich der silbernen Hochzeit des Reichspräsidenten am 9. Mai 1919 von Barmat überreichten Blumenstraußes. Seit der fraglichen Zeit hat bekanntlich Ebert keinen Barmat jemals wiedergesehen. Als er davon hörte, daß sein Sohn in eine Bank des Barmat-Konzerns eingetreten sei, veranlaßte er ihn selbst, auszuscheiden.

Staatssekretär Meißner, Leiter der Kanzlei des Reichspräsidenten, soll sich über drei Punkte äußern: 1. Die lange irgenneine Befanntschaft Barmats zwischen dem Bureau des Reichspräsidenten und dem Reichspräsidenten selbst bestanden habe. 2. Was ihm über die Tätigkeit Barmats bekannt sei. 3. Was ihm über die Vorfälle bekannt sei, die mit Franz Krüger zusammenhängen.

Meißner erklärt, daß er aus Eigenem nicht viel sagen könne, er sei nur einmal zufällig mit einem der Barmats zusammengekommen, wisse aber aus den Mitteilungen des Reichspräsidenten genau, ob und welche Beziehungen dieser zu den Barmats unterhalten habe. Am 25. April 1919 hätten einige bekannte Politiker Herrn Barmat auf dem Internationalen Kongress in Amsterdam kennen gelernt. Von diesem sei Barmat im Mai 1919 dem Reichspräsidenten vorgestellt worden, um ihm ein Schreiben politischen Inhalts zu übergeben. Am 15. Mai habe der Reichspräsident Herrn Barmat zusammen mit diesem politischen Persönlichkeiten in seinen Privaträumen empfangen.

um ihm die Antwort auf das Schreiben zu übergeben. Seit der Zeit habe der Reichspräsident niemals wieder einen von den Barmats gesehen. Er wisse das ganz genau, weil jeder Besucher des Reichspräsidenten, sei es, daß er in amtlicher oder privater Eigenschaft komme, eingetragen werde. Ein einziges Mal sei eine Liebesgabe an die Frau des Reichspräsidenten von Barmat gekommen. Frau Ebert habe es aber (im Mai 1919)

sofort wieder zurückgegeben.

Gesichtlich der silbernen Hochzeit des Reichspräsidenten habe Barmat einen Blumenstrauß oder etwas ähnliches überreicht, und dafür habe der Reichspräsident wie alle anderen Gratulanten auch ihm in der üblichen Weise gedankt.

Abg. Pflüger fragt, wie lange mit dem Empfehlungsschreiben von Krüger Mißbrauch getrieben werden konnte. Der Zeuge antwortet, daß ein Mißbrauch schon deswegen ausgeschlossen gewesen sei, weil diese Empfehlungsschreiben immer an der Grenze abgenommen worden seien. Auf eine Frage des Abgeordneten Douch, ob der Reichspräsident nicht auch mit anderen Sozialdemokraten über Barmat gesprochen haben könne, erklärt der Zeuge, daß er das für ausgeschlossen halte.

Schred (Soz.) fragt, wer der Absender des Briefes war, den Barmat dem Reichspräsidenten überreichen sollte. Nachdem der Vorsitzende erklärt hat, daß der Name dieser politischen Persönlichkeit in der Öffentlichkeit schon genannt worden sei, erklärt Staatssekretär Meißner, daß diese Persönlichkeit der Sozialistenführer und Internationale Sekretär Hupsmans war. Abg. Schred fragt, ob die Abneigungen des Reichspräsidenten gegen Barmat vielleicht in Zusammenhang stehen mit dem Versuch Barmats, ein Liebesgabenpaket an Frau Ebert zu überreichen, was die Frau Ebert besonders unangenehm berührte. Staatssekretär Meißner erwidert, daß er Positives darüber von Herrn Ebert nicht erfahren habe; er habe aber das Empfinden, daß das mit einer der Gründe der Abneigung des Präsidenten gegen Barmat gewesen sei.

Auf Fragen des Abg. Aufhäuser erwidert der Zeuge, nach der Verjüngung des Reichspräsidenten vom August 1919 sei von einem weiteren Mißbrauch des Diensttelefons nichts mehr bekannt geworden.

Auf entsprechende Fragen des Abg. Dr. Breitscheid erklärt Meißner, daß der Reichspräsident öfters ausländische Persönlichkeiten ohne besondere Erlaubigungen empfangen habe, wenn sie durch prominente Personen bei ihm eingeführt wurden. Die Gründe für die Erteilung des Dauerverisums an Barmat seien in den Akten des Auswärtigen Amtes niedergelegt. Maßgebend für die Erteilung war u. a. die Absicht Barmats, sich finanziell an der Gründung einer deutschfreundlichen sozialdemokratischen Zeitung in Holland zu beteiligen und die Absicht Barmats,

Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen.

Auf weitere Fragen von deutschnationalen Ausschussmitgliedern erklärt Staatssekretär Meißner, daß Beamte des Bureaus von Barmat keine Geschenke entgegengenommen hätten.

Damit ist die Vernehmung des Staatssekretärs Meißner beendet, nach einer kurzen Pause begann die Vernehmung des früheren

Unterstaatssekretärs Löpfer.

Löpfer war Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt unter Dr. Bräuders-Ranghau. Er schildert die ungeheuren Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung Anfang 1918. Damals galt es vor allem, etwas ins Land zu bekommen. Am 7. März 1919 sei Barmat zum erstenmal bei ihm gewesen mit Empfehlungen der niederländischen Sozialdemokratie und des Abg. Heilmann versehen. Es habe sich damals vornehmlich um den

Einkauf von Maschinen für den Rotterdamer „Vorwärts“ gehandelt. Barmat fragte über Scherereien mit dem Visum und er suchte um ein Dauerverisum für drei Monate. An und für sich konnte Barmat sowieso schon ein- und ausreisen, wie er wollte, das Dauerverisum sollte ihm nur die bürokratischen Scherereien ersparen.

Der Zeuge hat in einem viel berechneten Brief an den damaligen deutschen Gesandten in Haag, Herrn von Rosen, in dem es sich eben um die Erteilung jenes Dauerverisums handelte, geschrieben, Barmat

stehe in intimsten Beziehungen zum Reichspräsidenten. Darüber befragt, wie er zu einer solchen Auffassung gekommen sei, erklärt der Zeuge, er wisse aus eigenem über Beziehungen Barmats zum Reichspräsidenten gar nichts, es könne sein, daß Heilmann oder Krüger davon zu ihm gesprochen, auf alle Fälle habe es sich dabei nur um politische Beziehungen gehandelt. Der Reichspräsident war natürlich erfreut, daß in Rotterdam ein Duisburger wohlgeheimes Blatt begründet werden sollte. Staatssekretär Löpfer berichtet dann die Aussage des Botschafters von Rotterdam, wonach dieser ihn, Löpfer, Scheidemann und andere als Gönner Barmats bezeichnet haben soll. Barmat habe ihm persönlich erklärt, er habe das nicht gesagt, sondern nur, Barmat habe sich auf Beziehungen zu Scheidemann und Löpfer berufen. Barmat stand schon im Frühjahr 1918 in Beziehungen zur Regierung des Reichsanstalters u. Hertling. Ein Gesundheitsüberblick aus dem Haag bezeichnete ihn als einen „vorteilhaft bekannten Russen mit beträchtlichem Vermögen“, der auch starken politischen Ehrgeiz zu haben scheine.

Der Aufwertungsplan für die Reichsanleihe

Beteiligung für die verarmten Reichsgläubiger.

Ueber den Inhalt der von der Reichsregierung für nächste Woche versprochenen Gesetzesvorlage betreffend Aufwertung erfahren wir, soweit es sich um die öffentlichen Anleihen handelt, das folgende:

Alle Reichsanleihen, d. h. solche, die vor dem 1. Juli 1920 begründet wurden, sollen in eine Anleiheablösungsschuld umgetauscht werden. Der Umtausch erfolgt im Verhältnis von 100:5, bei der Sparprämienanleihe von 1919 im Verhältnis von 100:2,5. Es werden nur Abschnitte der Anleiheablösungsschuld über 50 M. ausgestellt. Stücke im Nennbetrag von weniger als 1000 M. sind daher vom Umtausch ausgeschlossen. Was aus den Inhabern solcher kleinen Stücke werden soll, ist noch ungeklärt. Der Gläubiger kann die Schuld nicht kündigen. Eine Verzinsung findet vor Erledigung der Reparationsverpflichtungen nicht statt.

Eine besondere Behandlung ist für die Eigentümer alter Reichsanleihen dauernden Besizes, d. h. solcher Anleihen, die nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben wurden, vorgesehen. Diesen Eigentümern wird auf Antrag für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1928 eine Ablösungsrente gewährt. Diese Rente beträgt 5 Proz. der Anleiheablösungsschuld. Wer also 1000 M. Reichsanleihe gegen 50 M. Anleiheablösungsschuld umgetauscht hat, bekommt 2,50 M. Ablösungsrente. Diese Rente kann nach dem 31. Dezember 1928 weiter gewährt werden, wenn die Finanzlage des Reiches es gestattet.

Für alte Reichsanleihen dauernden Besizes, die vor dem 1. Juli 1920 auf Grund gesetzlicher Zwanges zur mündel-

lichten Anlage erworben wurde, ist eine Sonderregelung vorgesehen. Hier soll eine Rente von 2½ pro Mille des doppelten Geldwertes der Anleihe zur Zeit des Erwerbs gewährt werden.

Den Kern der Vorschläge bildet die Gewährung einer Vorzugsrente an bedürftige Eigentümer von Ablösungsrentenscheinen, die diese Scheine auf Grund des Umtausches von Kriegsanleihe zugeteilt erhalten haben. Die Vorzugsrente beträgt das Achtfache der Ablösungsrente, also 40 Proz. des Nennbetrages der Anleiheablösungsschuld. Bei 1000 M. alter Reichsanleihe dauernden Besizes, die in 50 M. Anleiheablösungsschuld umgetauscht wurden, wären hiernach 20 M. Vorzugsrente oder 2 Proz. der ursprünglichen Kriegsanleihe zu bezahlen. Bedürftig ist, wer nicht nur vorübergehend den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine Angehörigen mangels eigener Mittel und Kräfte nicht beschaffen kann. Ferner Kriegsbeschädigte und Kriegerverwundete, die dauernd der sozialen Fürsorge zur Last fallen.

Für die Aufwertung der vom Reich übernommenen Eisenbahnschulden der Länder und der sonstigen Anleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ist ein sehr kompliziertes System vorgesehen, aus dem sich für die Gläubiger letzten Endes nicht mehr ergibt, als nach dem oben mitgeteilten den Gläubigern des Reiches gewährt werden soll.

Heeres- und Marine-Kammern.

Die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Heeres- und Marinekammern ist seit langem der Wunsch der Angehörigen von Reichswehr und Marine. Genosse Künstler forderte von dem Reichswehrminister die alsbaldige Vorlegung eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfes. Heute besteht nach der vorläufigen Heeres- und Marinekammer als eine Einrichtung auf Grund der Verordnung vom 8. Juni 1920, obwohl der § 10 des Wehrgesetzes vom Jahre 1921 eine beratende und beratende Heeres- und Marinekammer fordert, deren Verfassung und Zuständigkeit durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt werden soll. Die Mitglieder der Heeres- und Marinekammern sollen aus geheimen Wahl hervorgehen. Genosse Künstler verweist darauf, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Hauptauschusses der Heeres- und Marinekammer nicht den Wünschen der Soldaten in der Reichswehr entspricht. Bei einem Offizierkorps von 4000 Offizieren entfallen auf dasselbe 17 Vertreter, während die 96 000 Unteroffiziere und Mannschaften ebenfalls nur 17 Vertreter in den Hauptauschuss entsenden. Dasselbe Verhältnis ist bei der Marinekammer vorhanden. Genosse Künstler forderte, daß das System der Vertrauensmänner unbedingt erhalten und weiter ausgebaut werden muß. Reichswehrminister Gehler sollte die alsbaldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes in Aussicht.

Ministerpräsident Herriot wird am 8. März der Enthüllung des Denkmals für Laurès, das in dessen engerer Heimat Castres in Südfrankreich errichtet wird, beiwohnen und dabei eine große politische Rede halten.

„Reiniger“ Deutschlands.

Herr Wilhelm Bruhn, deutschnationales M. d. R. und Herausgeber der „Wahrheit“.

Im Preussischen Untersuchungsausschuß zur Reinigung der politischen Moral tut sich besonders hervor Herr Georg Stolt, kommunistisches M. d. R. und mehrfach rückfälliger Unterschläger von Arbeitergeldern.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages führt ein anderer Reiniger Deutschlands für die Deutschnationalen das große Wort, Herr Wilhelm Bruhn, seit etwa zwei Jahrzehnten Herausgeber des antisemitischen Standalwochenblattchens „Die Wahrheit“.

Die deutsche Öffentlichkeit und die Berliner Gerichte mußten sich bereits mehrfach mit diesem Edelprodukt moderner Journalistik beschäftigen, insbesondere im Oktober 1909 gegen ein Verbrechen wegen Erpressung und Betruges gegen einen Redakteur der „Wahrheit“ namens Hermann Dahsel, der wiederholt Schweigegelder für das Richterchreiben von Stalbalatitzeln gefordert und zum Teil erlangt hatte. Herr Bruhn, damals schon „nationaler“ Reichstagsabgeordneter, versuchte als Zeuge von seinem Mitarbeiter abzurufen und ihn zu belasten. Daraufhin stellte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Berthauer, den Antrag, zehn namhaft gemachte Zeugen zu laden, die den Nachweis der völligen Unglaubwürdigkeit des Zeugen Bruhn führen sollten. Diese Zeugen sollten ferner bezeugen, daß dieser seine Zeitung zum Zwecke der Inseratenerpressung benutzte und Artikel je nach der Erteilung oder Verweigerung von Inseraten der angegriffenen Personen bringt oder wegläßt. Wir lassen hier den Bericht des „Lokal-Anzeigers“ vom 10. Oktober 1909 nachtröckeln:

„Insbesondere sollte nach den Anträgen der Verteidigung folgendes festgestellt werden: Die Zeitung „Die Wahrheit“ brachte vor zwei bis drei Jahren fortgesetzt Schmähungen gegen den Klub „Berolina“. Der Vorsitzende des Klubs wandte sich auf Anraten der Mitglieder an den Casierer Dreiwurst, der mit Bruhn befreundet ist. Zwischen Bruhn und Dreiwurst wurde ein Abkommen getroffen, daß Dreiwurst von dem Klub eine Zahlung von insgesamt 1000 M. erhalten sollte, wofür der Klub in vier Quartalsraten à 250 M. zu bezahlen hatte. Der Klub bezahlte, und es unterließen die Angriffsartikel als Gegenleistung. Demnach weigerte sich der Klub, eine der Quartalsraten weiter zu bezahlen. Der Vorstand (Herrmann und Werker) traten darauf wieder durch Dreiwurst mit der Zeitung „Die Wahrheit“ in Verbindung, da sofort wieder ein Artikel erschienen war. Nachdem die Zahlungen wieder aufgenommen waren, entschuldigte sich die Zeitung „Die Wahrheit“ damit, daß der Artikel inzwischen erschienen wäre, da ja die Zahlungen nicht erfolgt seien. Die Quittungen der „Wahrheit“ befinden sich in den Akten des Klubs von 1908. Der Zeuge Dietrich hat in dem Briefkasten einer anderen Zeitung dem Zeugen Bruhn mit diesbezüglichen Enthüllungen gedroht. Als einer der Inhaber der Firma M. Israel in eine unangenehme Angelegenheit verwickelt war, fürchtete das Haus Israel, daß Bruhn in seiner Zeitung nicht, wie die anderen Zeitungen, eine kurze Notiz bringen, sondern die Sache ausschalten werde. Infolgedessen trat der Inseratenschreiber No-warra des Hauses Israel mit Bruhn in Verbindung. Es wurde ein Uebereinkommen getroffen, um Bruhn Geld zuzuwenden, damit der Artikel unterbleibe. Damit aber die Öffentlichkeit, der es aufgefallen wäre, wenn plötzlich Inserate des Hauses Israel in der antisemitischen Zeitung erschienen wären, nichts merke, wurde das Abkommen getroffen, daß diffamierte Annoncen betreffend angebliche Personalgeschäfte und eine Veröffentlichung des Winterkalenders in der „Wahrheit“ erfolgen sollten. Die Inserate wurden

paar über die mittelmäßige Gebühr honoriert, weil sie nur der Dekoration für das dem Bruhn gezahlte Schweigegeld waren. Nachdem jedoch der Inhaber des Hauses Israel sich selbst getötet hatte, wurden weitere Ansprüche des Bruhn abgewiesen, sobald dieser solche erhob. Darauf setzte Bruhn sofort mit dem empörendsten Artikel in seiner Zeitung ein. Die Originalquittungen des Bruhn über die ihm gegebenen Schweigegelder befinden sich in den Händen des Zeugen Nowarra. — Der Zeuge Busse soll insbesondere bezeugen, daß Bruhn den Dietrich angestellt habe, um die Fabrikanten, die in der „Staatsbürgerzeitung“ inserierten, anzugreifen. Wenn die Direktoren dann Annoncen für die „Wahrheit“ aufgaben, wurden die Angriffe sofort eingestellt. Rechtsanwalt Dr. Berthauer beantragt des weiteren, noch einige Sachverständige zu laden, die über den Charakter der „Wahrheit“ ihr Gutachten abgeben sollen.

Nach längerer Beratung verkündet Landgerichtsdirektor Sä-nisch den Beschluß des Gerichts dahin:

Die Beweisanträge des Rechtsanwalts Werthamer werden abgelehnt, weil als wahr unterstellt wird, daß Angriffe seitens der „Wahrheit“ auf bestimmte Personen unterbleiben, wenn seitens der Betroffenen Inseratenaufträge an die Zeitung erteilt werden, weil ferner als wahr unterstellt wird, daß so, wie die „Wahrheit“ geführt wird, sie in weiten Kreisen des Publikums als Bedrohung erachtet wird.

Im Laufe der Verhandlung hatte zwar der Vorsitzende mehrfach erklärt, daß nach den Akten kein Beweis dafür vorliege, daß Bruhn an den dem Angeklagten Dahsel zur Last gelegten Erpressungen beteiligt sei. Er verwarfte sich allerdings mehrfach entschieden gegen die Auffassung, als bedeute diese Feststellung irgend eine Art Ehrenklärung für den Zeugen Bruhn und betonte wiederholt, daß die (angebliche) Richtbeteiligung Bruhns nur für die bestimmten im Prozeß Dahsel zur Sprache gebrachten Delikte gelte. Auch der Staatsanwalt Leisinger äußerte sich wiederholt im gleichen Sinne und fügte hinzu:

„Eine Charakteristik der „Wahrheit“ sei nach seiner Meinung nicht nötig, auch er halte das Blatt für sehr verderblich und die Tendenzen, die es verfolge, für heillos.“

In seinem Plädoyer führte Staatsanwalt Leisinger u. a. aus:

„Es liegt fern, hier etwa ein Loblied für Herrn Bruhn zu singen; er habe seine Meinung über das Organ desselben schon genügend zum Ausdruck gebracht. Jemand, der in öffentlicher Gerichtsverhandlung bekennen muß, daß in der Zeitung die dritte Spalte offen gehalten wurde, um die intimsten Familiengeheimnisse der Öffentlichkeit preiszugeben, jemand, der es zuläßt, daß aus der Schande und dem unverschämten Unglück einzelner in seiner Zeitung Kapital geschlagen wird, der kann sich nicht wundern, wenn sein Blatt, „Die Wahrheit“, als Skandal- und Revolverblatt angesehen wird. Etwas anderes ist die Frage, ob Herr Bruhn an den hier in Frage stehenden Erpressungen beteiligt ist.“

Herr Bruhn gibt heute noch „Die Wahrheit“ heraus, an deren Charakter sich seit 1909 wahrhaftig nichts geändert hat. Dieser Mann wird von seiner Fraktion in einen Ausschuß des Reichstages delegiert, der für die Reinigung der politischen und wirtschaftlichen Moral sorgen soll. Dieser Mann ist sogar stellvertretender Vorsitzender jenes Untersuchungsausschusses!

Ausgerechnet Herr Bruhn als Reiniger Deutschlands!

Karneval an der Ecke.

Fastnacht ist nicht mehr fern, süßer Pfannkuchenduft zieht aus den Käden der Bäcker und Konditoren, wir stehen auf der Höhe des Karnevals, und alle Welt ist puppenlustig oder tut wenigstens so. In Berlin freilich muß man sich dringend bemühen, um dem Karneval zu begegnen. Neulich aber stand Prinz Karneval an einer Straßenecke. Er trug einen alten, zerlissenen und verschossenen Mantel, seine Beinkleider waren ausgefranst, seine Stiefel, viel zu groß für die Füße, waren schief getreten und hatten Aufsätze, und sein Hut, den er auf dem Kopfe trug, vor langer Zeit schwarz, schillerie in allen Regenbogenfarben. An das Hutband, das zertrannt und eingerissen war, hatte er sich bunte Fähnchen gesteckt, und an der Stirnseite des Hutes prangte ein Schild mit der Aufschrift: Die neueste Nummer der „Fischingzeitung“. Im Arm hielt er einen großen Pöden dieser Fischingzeitung, deren Witze schal und abgestanden sind und deren Humor gequält ist. Prinz Karneval an der Straßenecke, ein Symbol des Berliner Karnevals, ja ein Symbol des Karnevals in Deutschland, des Karnevals gequält, unnatürlich, gleichwichtig und hohlköpfig. An dem Prinzen Karneval auf der Berliner Straßenecke blickten am Abend wie verstoßen, schlüchtern und verschämt ein paar Masken vorbei, schleichend sich Pierrot und Pierrette über. Karneval an der Ecke aber schreit mit heiserer Stimme: Die neueste Nummer der „Fischingzeitung“. Selten nur bleibt einer stehen und kauft.

Er sieht wirklich höchst verdächtig aus, der Karneval an der Berliner Straßenecke, und sicher wird die nächste Schuppatrouille, die vorüber kommt, den verdächtigen Gesellen verhaften.

Wohnungskündigungen zulässig? Zwei neue gerichtliche Entscheidungen.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß nicht wenige Hauswirte solchen Mietern, mit denen sie in Konflikt geraten, regelmäßige Kündigungsfrist zuschicken, obwohl es nach dem Mieterchutzgesetz nur eine Aufhebung des Mietverhältnisses durch gerichtlichen Urteilspruch und auch nur unter erschwerten Umständen, beispielsweise bei fortgesetzter erheblicher Belästigung durch den Mieter oder bei längerer Nichtzahlung der Miete, gibt. Rummehr haben die Landgerichte I und III Berlin solche Kündigungen, die unter der Zwangswirtschaft natürlich den kommenden Ereignissen voraussehen, übereinstimmend für zulässig und rechtswirksam erklärt. Aus den Entscheidungsgründen ist folgendes bemerkenswert. Die Kündigungen beruhen auf der fast in allen Mietverträgen enthaltenen sogenannten Verlängerungsklausel, das heißt auf der Bestimmung, daß der Vertrag, falls nach seinem Ablauf nicht von einer Seite die Kündigung erfolgt, für ein Jahr oder ein halbes Jahr, wie es nun unter den Parteien ausgemacht ist, stillschweigend weiterläuft. Solche Bestimmungen haben unter der Zwangswirtschaft keine Bedeutung, werden aber bedeutsam mit Aufhebung der Zwangswirtschaft. Deshalb mußte dem Vermieter, was nicht gegen das Mieterchutzgesetz verstößt, jederzeit gestattet sein, sich dahin zu erklären, daß er nach Ablauf der vertraglich festgesetzten Mietzeit von der Verlängerungsklausel keinen Gebrauch machen wolle. Die Folge der Kündigung sei also unter der Zwangswirtschaft, daß der Vertrag nach seinem Ablauf nicht automatisch um das vereinbarte ganze oder halbe Jahr weiterläuft, sondern daß das Mietverhältnis auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wird.

Der Zweck dieser Kündigungsbedingungen wird wohl in den meisten Fällen nur der sein, unter Ausschaltung der Verlängerungsklausel sofort nach Eintritt freier Wohnungswirtschaft die Miete kräftig hinaufzusetzen. Es ist allerdings sehr fraglich, ob nicht solchen unbedingten Mietverhältnissen für eine ganze Reihe von Jahren durch gesetzliche Festlegung von Mietobergrenzen ein Riegel vorgeschoben wird.

Delila von der Friedrichstraße und ihr Simson.

Die Geschichte wiederholt sich ständig, und sogar die biblische Geschichte. In diesem Fall handelt es sich um eine sehr drällige Abwandlung der alten Legende von Simson und Delila. Ein Geschäftsfreier, der sich vorübergehend in Berlin aufhielt, traf auf einem Abendbummel in der Friedrichstraße ein Mädchen, das sich ihm gern anschloß. Man beschloß gemeinsam eine Anzahl Lokale. Als man endlich ein Hotel aufsuchte, war der Mann so betrunken, daß er gleich einschiel. Am nächsten Morgen war er nur noch allein im Zimmer. Als er sich erhob und, wie gewöhnlich, seinen schönen schwarzen Vollbart streichen wollte, entdeckte er zu seinem Schrecken, daß er dieses Mannes Bierde, auf die er nicht wenig stolz gewesen war, nicht mehr besaß. Im Spiegel erkannte er sich kaum noch wieder. Seine Begleiterin war wohl, da sie in seiner Brieftasche nur noch 15 M. fand, sehr enttäuscht und hatte sich dafür gerächt. Während er schlief, hatte sie ihm den ganzen Bart einschneidend des Schnurrbartes abgehauen und ihn dann auch noch eingeseift und glatt rasiert. Leider kam der also „eingeseifte“ Herr seine Begleiterin nicht beschreiben. Er weiß auch nicht mehr, wo er überall mit ihr gewesen ist.

Ein anderer Herr aus der Provinz begabte sein Schäferstündchen mit 3000 M. Er lernte in der Chausseestraße in der Nähe der Schlegelstraße ein Mädchen kennen, besuchte mit ihm noch eine Dialekt in der Eißerstraße und führte es dann ebenfalls in ein Hotel. Hier bot ihm die Begleiterin einige Pralinen an. Bald nach ihrem Genuß verfiel er, obgleich er ganz nüchtern war, in einen tiefen Schlaf. Beim Erwachen entdeckte er, daß das Mädchen mit seiner Brieftasche, die 3000 M. enthielt, verschwunden war.

Selbstmord zweier angeblicher Berliner in Dresden.

In einem Dresdener Hotel erschoss sich ein junger Mann, der sich als Erwin Pusemann, am 1. Januar 1885 in Berlin geboren, in das Fremdenbuch eingetragen hat. Man fand bei ihm mehrere nicht abgehandelte Briefe. Der eine ist an Frau Eino Paulsen in Berlin-Friedenau gerichtet. Der Abfender bezeichnet sich hierin als Chemiker der Empfängerin. Ein zweiter trägt die Aufschrift „Generaldirektor Segall, Berlin“. Der dritte ist an eine Frau Margarete Scholz in Berlin-Steglitz gerichtet. Diese Empfänger sind noch nicht ermittelt, die Person des Toten konnte deshalb noch nicht festgestellt werden. — In einem anderen Hotel in Dresden wurde ein etwa 30 Jahre alter Mann mit einer schweren Morphiumvergiftung aufgefunden. Er starb im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Genannt hatte er sich Kaufmann Ernst Kahrau, am 17. Februar 1897 in Stargard geboren. Als seine Wohnung hatte er Berlin, Kupferstraße, angegeben, die es hier nicht gibt. Am Kupfergraben konnte er nicht ermittelt werden. Seine Wäsche war mit L. gezeichnet. Besondere Kennzeichen sind eine 25 Zentimeter lange Operationsnarbe an der rechten Bauchseite und eine Verletzung des rechten Beines infolge Herausnahme der Kniekehle. Mitteilung zur Feststellung der Persönlichkeiten an Kriminalkommissar Schmidt, Vermögenszentrale im Polizeipräsidium.

Die Autoverschiebungen beim Reichsvertierungssamt.

Bei Beginn der heutigen Verhandlung erbat sich Generaldirektor Trofke das Wort zu einer Erklärung, das ihm auch von dem Vorliegenden, Landgerichtsdirektor Dr. Sachs, gestattet wurde. Trofke wandte sich sehr scharf gegen eine irreführende Meldung eines Sonderberichtes in einem gestrigen Abendblatte. In der gestrigen Sitzung sei von dem Herrn Vorliegenden in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt der Staatsanwaltschaft festgestellt worden, daß die Kriegsbeschädigten zu dem für alle Kaufinteressenten geltenden Schätzungspreis und sogar mit 30 Prozent Aufschlag gekauft haben. In dem erwähnten Bericht werde jedoch trotz dieser Fest-

stellung wiederum behauptet, daß die Kriegsbeschädigten zu Vorzugspreisen gekauft hätten. Ein besonderer Zwischenfall ereignete sich jedoch, nachdem die Aussage der Witwen, Frauen und Kinder, die nach dem Gericht gewordenen Mitteilungen vor einiger Zeit verstorben sein soll. Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I erhob gegen die Verlesung nachträglich Einspruch und behauptete, daß er etwas verspätet in die Sitzung gekommen sei, sonst hätte er es vorher getan. Er könne den Beweis führen, daß die angeblich Verstorbenen noch vor acht Tagen frisch und gesund von Zeugen gesehen worden sei. Die Verlesung sei deshalb prozessual unzulässig. Das Gericht beschloß nach dieser Richtung hin Beweise anzutreten.

Geplante Verteuerung der Hochbahnfahrt!

Wie es heißt, ist von der Hoch- und Untergrundbahn beim Polizeipräsidium der Antrag auf Genehmigung einer Erhöhung der Tarife dieses Unternehmens eingegangen. Nachdem erst vor einiger Zeit bei der Hochbahn der Tarif in der 2. Klasse für weite Strecken von 20 auf 25 Pf. erhöht worden ist, soll jetzt auch eine Revision der übrigen Tarife dahin erfolgen, daß der Fahrpreis 3. Klasse von 10 und 15 Pf. auf 15 und 20 Pf. und in der 2. Klasse für kurze Strecken von 15 auf 20 Pf. erhöht wird, während es in der 2. Klasse für weite Strecken bei dem bisherigen Preis von 25 Pf. bleiben soll. Wie verlautet, ist es aber noch fraglich, ob das Polizeipräsidium diesem Antrag der Hochbahngesellschaft Folge geben wird, da von der Stadt gegen eine solche Tarifierhöhung Einspruch erhoben werden dürfte.

Wanderer und Obdachlose.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hatte nach dem Berliner Rathaus die Vertreter der beteiligten Reichsministerien, des preussischen Volkswohlfahrtsministeriums, der Stadt Berlin und der freien Wohlfahrtspflege zu einer Aussprache über Wanderer- und Obdachlosenfürsorge eingeladen. — Dr. Bollig (Frankfurt a. M.) erläuterte die gegenwärtige Lage, ihre Zusammenhänge mit der allgemeinen Lage der Wirtschaft und des Wohlfahrtswesens. Zur notwendigen Abhilfe müßten Maßnahmen — gesetzliche von Reich und Staat, soziale durch die Kommunalverbände und die freie Wohlfahrtspflege — ergriffen werden. In Atn und Hamburg seien neuerlich Lösungsversuche unternommen worden. Besonders dringend aber werden Vorkehrungen erwartet zum Schutz und zur Fürsorge der wandernden Jugendlichen; denn die zahlreichen Vorgänge in letzter Zeit erheblichen Kleinigkeit Abhilfe. — Bürgermeister Scholz gab eine kurze Darstellung über die im letzten Jahre eingeleitete umfangreiche Reform auf dem Gebiete des Berliner Obdachlosenwesens. Diese Reformen seien von dem Gedanken getragen, eine hygienische und soziale Verbesserung der Obdacheinrichtungen zu erzielen, die Aufnahmestellen im Obdach zu verbessern und im Obdach selbst eine Wohlfahrtsstelle einzurichten. Die Frage der polnischen Saisonarbeiter und Schnitterfamilien mache eine baldige Lösung durch Reich und Staat unbedingt notwendig, wie auch die Frage der Seuchengefahr und des Verbrechertums einsehend besprochen werden müsse. — An der sich anschließenden sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich alle anwesenden Vertreter und gaben Anregungen, für die Dr. Bollig für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge seinen Dank aussprach. Er verlangte einen stärkeren „zwischenmenschlichen Geist“ in der Fürsorgearbeit, eine weitgehende Aufklärung der Öffentlichkeit und — unbedenklich der erforderlichen gesetzlichen Regelung — sofortiges starkes Eingreifen der sozialen Kräfte der Gemeinden und der freien Arbeit.

Zum Schluß wurde noch ausgeführt, daß die entscheidenden Gesichtspunkte für die alsbaldige freiwillige wie auch für die spätere gesetzliche Regelung eine scharfe Trennung der verschiedenen Gruppen der Wanderer und Obdachlosen vorschreiben, eine Forderung, die an dieser Stelle bereits im Rahmen eines längeren Artikels erhoben wurde.

Schwarz-Rot-Gold um die Welt.

Reisende, die sich „vorgenommen“ haben, zu Fuß um die Welt zu wandern, sind heute nicht selten. Meistens sind es junge Leute, die dabei allen möglichen phantastischen Zielen nachjagen und dann auf halbem Wege, enttäuscht und ernüchtert, umkehren. Heute stellte sich aber auf unserer Redaktion ein Weltreisender vor, der wesentlich andere, moderne und vernünftige Zwecke mit seiner Reise verfolgt. Herbert Goldmann, der zusammen mit zwei Freunden Schmelz und Ratz wandert, stammt aus Bries, ist der Sohn eines berühmten Restaurateurs und aus Bildungsmitteln auf die weiße Reise gegangen. Die drei jungen Leute sind Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Sie wollen auf ihrer Reise überall, wo sie hinfommen, die Farben des Reichsbanners vertreten. Nach der Rückkehr aber beabsichtigen sie, in Kreisen der Reichsbannermitglieder Vorträge über ihre Erfahrungen zu halten. Von Stuttgart aus haben sie sich auf den Weg gemacht, um in 11 Jahren um die ganze Welt zu wandern. Sie wanderten zunächst durch Bayern, die Schweiz, Italien, Serbien, Rumänien, Oesterreich und die Tschechoslowakei. Die von ihnen zurückgelegte Strecke soll 80600 Kilometer betragen. Sie hatten am 6. Januar bereits 4800 Kilometer zurückgelegt. Die Reise soll nun durch Polen, Russland, Sibirien, China, Japan, Palästina, Indien, Afrika, Brasilien, Amerika, England, Norwegen, Schweden, Dänemark und Holland nach Deutschland zurück gehen. Die Weltreisenden mit den schwarzrotgoldenen Farben haben sich übrigens auch dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ vorgestellt. Hier bekam man aber über diese Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold einen solchen Schreck, daß man es ablehnte, sie für die illustrierte Beilage zu fotografieren!

Die Berliner Jahresfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold findet am Sonntag, 22. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saalbau Friedrichshain statt. Zu Beginn der Veranstaltung werden die Fahnendelegationen der Berliner Kameradschaften einmarschieren. Scaupielier Karl Ebert vom Staatlichen Schauspielhaus und das Berliner Sinfonie-Orchester werden mitwirken, der Feier einen würdigen Rahmen zu geben. Karten sind erhältlich an den Theaterkassen von Tisch und im AdS, im Bureau des Gauvorstandes, Sebastianstr. 87/88, bei der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei Fernburger Str. 18, in der Vorwärts-Buchhandlung und Bezirksbildungsausschuß Lindenstr. 3.

Der österreichische Gesandte in Berlin R. Riedl veranstaltete im Rahmen eines Tees einen Empfang, zu dem er zahlreiche Angehörige der österreichischen Kolonie in Berlin eingeladen hatte. Mehr als 250 Personen hatten der Einladung Folge geleistet. Der Auforderung des Gesandten, sich in irgend einer Form zusammenzuschließen, wurde durch die Gründung eines Ausschusses Folge geleistet, der sich zur Aufgabe setzt, die österreichischen Bundesangehörigen in Berlin zu sammeln und einen regeren Kontakt zwischen den Landesleuten herbeizuführen.

Eine schwarzweiße Trauerfahne, nicht, wie es irrtümlich in der heutigen Morgennummer hieß, eine schwarzweißrote Fahne, war am Dienstag auf dem Gebäude der Druckerei des Deutschen Reichsanzeigers und des Preussischen Staatsanzeigers in der Wilhelmstraße gezogen.

Falsche 50-Rentenpennungstücke. In Thüringen sind falsche 50-Rentenpennungstücke mit dem Münzzeichen A im Umlauf. Die Falschstücke sind aus messingartiger Legierung und un schwer zu erkennen, da das Wort „Reich“ ohne jeden Abstand an „Deutsch“ anschließt. Auf der Rechten Seite sind die Körner in Form von zusammenhängenden stehenden Bieren wiedergegeben.

Gewerkschaftsbewegung

Aus einer kommunistischen Hochburg.

„Der Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, veröffentlicht in Nr. 8 eine Zeitschrift aus Mitteldeutschland, der einflussigen kommunistischen Hochburg, in der es heißt:

Ein neues Flugblatt, das in der vorigen Woche an die Arbeiter der chemischen Großbetriebe zur Verteilung gelangte und in der gemeinsten Weise gegen die Vorstände des Fabrikarbeiter- und Metallarbeiterverbandes wettete, soll den Aufruf zum diesjährigen Märzpuß bilden. Genau wie im Vorjahre läßt man trotz der wüsten Beschimpfungen der Arbeiter die Einheitsfront der Chemiarbeiter hochleben, fordert man erneut Massenaktionen, trotzdem auch der einfachste Arbeiter weiß, daß gerade in den Großbetrieben der chemischen Industrie Mitteldeutschlands: Leuna, Bitterfeld, Bitterfeld, Wolfen usw. dank der kommunistischen Bührerei die Aktionsfähigkeit der Chemiarbeiter vollständig zerfallen ist und heute überhaupt kein vernünftiger Arbeiter ernstlich daran denkt, diesen Rabauken nachzulaufen.

Wie sah es denn im Vorjahre aus mit der Gefolgschaft? Leuna hat den Streik beschlossen, von morgen ab ruhen sämtliche Betriebe, desgleichen stehen die weiteren Großbetriebe kurz vor dem Streik! So konnte man überall im „Klosterkampf“ und deren verwandten Schmutzpressen lesen. Aber wie sah es denn in Bitterfeld aus? Die Rubel waren verrotten, die hasserfüllten Akteure bekamen ihre Abreibung und gleichzeitig die Trostung, daß ihnen die Geldleistungen entzogen würden; es war eben nichts, denn außer 12 großen und kleinen KPD-Strategen, die von Halle in Merseburg erschienen waren, um die „Massenbewegung in die richtigen Bahnen“ zu lenken, waren logs und Kreuze 53 Mannchen, darunter noch über die Hälfte Erwerbslose, erschienen. Und der „Klosterkampf“ im Leunawert — von 15000 Chemiarbeitern hatte der „Klosterkampf“ und die „Rote Fahne“ gefakt — wurde von einem einzigen Mann, dem Arbeiter Wolf Marx aus Merseburg, durchgeführt! Her mit dem Achtstundentag! brüllten diese schwanzelnden Gestalten, trotzdem sie es gerade waren, die durch ihre Bahnsinnstuden dem Chemiproletariat im Jahre 1924 jede ernste Abwehr der Arbeitszeiterverschlechterung unmöglich gemacht haben!

Kampf um die Betriebsräte und deren Rechte lautete die 3. Thraße, trotzdem sie genau wissen, daß Arbeiter, die den kommunistischen Uninn glauben, grundsätzlich unfähig sind, ihre Kollegen zu vertreten. Im Leunawert, dem größten Betrieb in Mitteldeutschland, war der famose KPD-Betriebsrat nicht einmal in der Lage, der Gefolgschaft die Arbeitszeiterhöhung durch einen Anschlag bekanntzugeben! Aber auch nicht ein einziger Kommunist, nicht einmal der Betriebsratsvorsitzende, hat den Versuch gemacht, sich gegen den Raub des Achtstundentages zu wehren! Niemand haben die Direktoren der Großbetriebe der chemischen Industrie Mitteldeutschlands ein so leichtes Spiel gehabt, wie in der Blanzzeit kommunistischer Betriebsratsherrschern!

Wie der Kapitalismus vor diesen Revolutionären zu Kreuze kriecht? Ganz einfach! Jemandem Beamter, mitunter ist es auch ein Angestellter in untergeordneter Stellung, teilt dem Betriebsrat mit, was er zu machen und wie er sich zu betreten hat, und wenn der Raden nicht klappert, gib's zum besseren Nachdenken eins auf den Dedel!

Einigungsbestrebungen der Bankangestellten.

Zu den Versöhnungsbestrebungen zwischen dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten und dem Reichsverband der Bankangestellten wird mitgeteilt, daß die Vorverhandlungen eine derartige Annäherung der beiderseitigen Standpunkte ergeben haben, daß nunmehr eine aus den Zentralorganen beider Organisationen gebildete bevollmächtigte Kommission zusammenzutreten wird, um die noch bestehenden wenigen Differenzpunkte aus dem Wege zu räumen. Weshalb soll ein gemeinsamer Fusionsvertrag entworfen und den beiderseitigen Organisationsinstanzen zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Der Zahlenschwindel im Bankgewerbe.

In den jetzt herauskommenden ersten Reichsmarbilanzen der Großbanken sind die Unkosten mit besonders hohen Ziffern bedacht worden. Die Banken wollen damit zeigen, daß im Verhältnis zum letzten Friedensjahr (1913) die Unkosten erheblich gestiegen sind. Sie vergessen dabei allerdings, der Deffizienten mitzutellen, daß in den letzten Unkostenziffern die Lantien mit enthalten sind, während im Jahre 1913 diese Lantien auf dem Konto verbucht wurden. Rechnet man diese 1913 zu den Unkosten zu, so ergibt sich schon dadurch ein ganz anderes Vergleichsbild. Die Sache verhält sich aber noch weiter, wenn man verlangen würde, daß in den Unkostenziffern die Bezüge der höheren Angestellten gebondert aufgeführt werden; denn dann würde sich herausstellen, daß die Gesamtsumme der Gehälter, die an die mittleren und unteren Beamten gezahlt wird, die des Jahres 1913 trotz der größeren Anzahl der Beamten nicht oder nur sehr gering übersteigt. Das kann ja auch gar nicht anders sein, da die Bankbeamtengehälter des Jahres 1924 hinter den Friedensgehältern erheblich zurückgeblieben. Diese Freiführung der Deffizienten mit den hohen Unkostenziffern hat schon ihren Zweck. Sie ist erfolgt, um bei einem nocheinigen Abbau diesen der Deffizienten gegenüber rechtfertigen zu können und auf der anderen Seite bei erforderlichen Neueinstellungen die Einkommenslage für die Beamten möglichst niedrig zu halten. Mit diesem Zahlenschwindel arbeiten ja die Arbeitgeber aller Kategorien, warum sollen sich ausgerechnet die Beherrscher des Finanzkapitals davon ausschließen?!

Neue Verhandlungen mit der nordwestlichen Gruppe.

Am 18. Februar trat in Dortmund der Schlichtungsausschuß für die Metallindustrie zusammen. Die Verhandlungen zwischen der nordwestlichen Gruppe und dem Vertreter der Metallarbeiterverbände in Essen waren am 11. Februar resultatlos verlaufen. Die Forderungen der Gewerkschaften liefen auf eine Lohnerhöhung von etwa 15 Proz. sowie auf die Einführung der Achtstundentagschicht in den gesamten Hüttenwerken hinaus. Die Verhandlungen wurden am Donnerstag fortgesetzt. Voraussichtlich wird heute der Schlichtungspruch gefällt werden.

Streik japanischer Baumwollspinner.

Schanghai, 18. Februar. (WZ.) Der Streik der japanischen Baumwollspinner, der gestern begann, hat sich auf 80 000 Arbeiter ausgedehnt, die 13 japanischen Baumwollspinnereien angehören. Als am 16. Februar die Streikenden die Spinnereimaschinen zerstören wollten, kam es zu Zusammenstößen. Jetzt ist die Lage ruhiger. Wie weiter meldet, ist die Bewegung durch verschiedene Gärten und durch die japanfeindliche Stimmung verursacht worden.

In der New Yorker Kleiderkonfession ist ein Lohnkampf ausgebrochen. Mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen stehen im Streik um eine 20proz. Lohnerhöhung. An dem Streik sind hauptsächlich Frauen beteiligt.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Walter Gellert; Gewerkschaftsbewegung: Felix Gellert; Kunst: R. A. Gellert; Catala; und Sonstiges: Fritz Gellert; Anzeigen: H. Gellert; Berlin: Verlag: Bornhagen-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornhagen-Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2.